Ein Blick zurück, ein Schritt voraus:

Die Arbeit von Jan Korte - hier und im Bundestag.

Inhaltsverzeichnis

Interview: „Wir haben gezeigt, wie vieles besser gemacht werden kann, wenn man es nur will.“ (Seite 4)

Eine Sitzungswoche im Bundestag (Seite 8)

Für Sicherheit, Bürgerrechte und Gerechtigkeit in Ost und West (Seite 11)

Aus dem Wahlkreis in den Bundestag (Seite 15)

Politik für die Menschen in Anhalt-Bitterfeld und im Salzlandkreis (Seite 16)

Kein „Weiter so!“ bei der Hochwasserprävention (Seite 24)

Über Jan Korte (Seite 26)

Das Team (Seite 27)

Korte Konkret: Stimmverhalten bei ausgewählten Namentliche Abstimmungen (Seite 28)

Kontakt (Seite 30)

Augenblicke/ Impressum (Seite 31)

Liebe Leserin, lieber Leser,

bei der letzten Bundestagswahl haben mich die Menschen im Wahlkreis Anhalt direkt in den Bundestag gewählt. Seither vertrete ich als einziger Abgeordneter die Region im Deutschen Bundestag. Dort kämpfe ich vor allem für mehr soziale Gerechtigkeit, die Interessen Ostdeutschlands und eine gerechte Besteuerung der Vermögen in Deutschland.

Bei vielen Entscheidungen in Berlin stehen nicht die Anliegen der Bevölkerung, sondern Lobbyinteressen im Vordergrund. Ich kritisiere dies nicht nur, sondern ich zeige auch, dass es anders geht. Die Grundlage meiner Arbeit ist deshalb das Gespräch vor Ort: Bei meinen regelmäßigen Bürgersprechstunden auf den Märkten und Plätzen, denn dort spielt das Leben und man bekommt einiges mit. Oder beim Austausch mit Ehrenamtlichen, Vereinsvertretern oder mit Unternehmern – ganz nach dem Motto „Direkt gewählt – direkt ansprechbar“.

Mit dieser Broschüre möchte ich Sie über meine Arbeit in Berlin und im Wahlkreis informieren. Mein Team und ich haben einiges zusammengestellt, was für Sie interessant sein könnte. Vor allem aber soll sie helfen, meine Arbeit transparent zu machen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen.
Mit freundlichen Grüßen

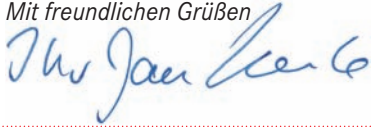

Foto: linksfraktion

„Wir haben gezeigt, wie vieles besser gemacht werden kann, wenn man es nur will.“

Jan, seit acht Jahren bist Du Mitglied des Bundestages. Was hast Du mit Deiner Fraktion erreicht?
Wir haben aus der Opposition heraus viel bewegt und unseren Gestaltungsspielraum gut genutzt. Als starke linke Fraktion haben wir die anderen gezwungen, unsere Themen aufzugreifen: Wir haben gezeigt, wie vieles besser gemacht werden kann, wenn man es nur will. Mit dem Mindestlohn zum Beispiel – heute sind alle Parteien, außer der FDP, der Meinung, dass wir ihn brauchen. Vor einigen Jahren waren wir mit dieser Forderung allein. Auch, dass starke Schultern mehr tragen sollen, stößt auf immer breitere Zustimmung in der Gesellschaft: Sogar Millionäre fordern, ihre Vermögen endlich zu besteuern. Denen ist es schon peinlich, wie wenig sie in Zeiten wachsender Armut abgeben müssen und sie haben erkannt, dass der Staat mehr Geld braucht um Bildung, kommunale Einrichtungen oder Sozialleistungen zu finanzieren.

Damit kommen wir zu dem, was noch zu tun ist…
Um die Republik gerechter zu gestalten? Eine Menge! Sehen wir uns die Renten an: Es kann doch nicht wahr sein, dass die

Leute in Ost und West, Jahrzehnte nach der Wende, ungleich behandelt werden! CDU/CSU und FDP haben ja 2009 in den Koalitionsvertrag geschrieben, dass sie diese Ungerechtigkeit beenden wollen. Dieses Versprechen haben sie gebrochen. Sie haben nichts gemacht. Überhaupt ist bei der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West nicht genug passiert, dabei ist es so dringend notwendig, zum Beispiel jungen Leuten in unserer Region Perspektiven zu schaffen.

Du bist Mitglied im Fraktionsvorstand und im Innenausschuss, wo Du Dich vor allem mit Datenschutz und Geschichtspolitik beschäftigst. Sind das angesichts der sozialen Probleme in diesem Land eher Themen für Spezialisten?

Im Gegenteil. Der Abbau von sozialen Rechten und Grundrechten geht Hand in Hand. Das beste Beispiel dafür ist der Arbeitnehmerdatenschutz: Die Abhängigkeit vom Job wird oft dafür ausgenutzt, Beschäftigte bis ins Privateste zu kontrollieren. Da haben wir immer noch dringenden Handlungsbedarf, weil die Bundesregierung gegenüber der Arbeitgeberlobby klein beigegeben hat. DIE LINKE ist die einzige Partei die soziale Rechte genauso betont, wie die individuellen Freiheitsrechte. Wie wichtig es außerdem ist, unsere Geschichte aufzuarbeiten, zeigt nicht nur der NSU-Terror. Es betrifft alle gesellschaftlichen Bereiche: Wer nicht erkennt, was früher falsch gemacht wurde, läuft Gefahr, Fehler zu wiederholen.

Du bist ein scharfer Kritiker von Geheimdiensten und Überwachungsprogrammen. Manche sagen, wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten. Was entgegnest Du denen?
Ich sage ihnen, dass es darum geht, selber zu entscheiden, mit wem wir welche Informationen teilen. Um das Recht, nicht bespitzelt zu werden. Wem das egal ist, dem sage ich, dass diese Datensammeleien oft genug dazu geführt haben, dass unbescholtene Bürger ins Fadenkreuz von Ermittlern gelangen, weil sie zur falschen Zeit am falschen Ort waren oder im Internet die falschen Begriffe verwendet haben. Der NSA-Skandal zeigt ganz aktuell, dass die Grenzen der Verhältnismäßigkeit längst überschritten sind. Wir alle werden überwacht. Das ist doch nicht normal, geschweige denn rechtsstaatlich.

Wenn es nach den CDU- und SPD-Innenministern geht, gibt es ohne Überwachung keine Sicherheit.
Aber was ist denn Sicherheit? Wenn ich in meiner Umgebung sicher bin, wenn ich weiß, dass mir jemand hilft, wenn etwas passiert. Und da hakt es doch, wenn man sich zum Beispiel die Polizeireform in Sachsen-Anhalt ansieht. Die Kommunen suchen schon Freiwillige, die auf Streife gehen sollen. Wenn man den Notruf wählt, dauert es in manchen Gegenden in der Bundesrepublik fast eine Stunde, bis die Polizei da ist. Das kann doch nicht sein. Wir erleben eine Politik, die auf Privatisierung und auf millionenschwere Überwachungsprojekte setzt, auf Körperscanner und Videokameras, vor Ort aber Polizeistellen abbaut. Das muss umgekehrt werden. Eine Videokamera ist noch niemandem zu Hilfe geeilt.

Innenausschuss des Bundestages.
(Foto: Deutscher Bundestag / Katrin Neuhauser)

Das klingt wie ein Kampf gegen Windmühlen. Was treibt Dich bei Deiner Arbeit an?

Die schönen Momente geben viel Kraft: Als der Bundestag – in Anwesenheit vom Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann – die Rehabilitation der sogenannten Kriegsverräter beschloss, für die wir gemeinsam gekämpft haben. Oder, wenn ich im Wahlkreis bei kleinen oder großen Problemen weiterhelfen konnte: Als klar war, dass die Bundesförderung des Mehrgenerationenhauses Bitterfeld-Wolfen verlängert wird, für die ich in Berlin geworben habe. Als ich mich erfolgreich für einen Kredit einsetzen konnte, den ein Unternehmer in der Region für die Produktionserweiterung brauchte. Als ich dabei helfen konnte, Familien mit Kindern, die seit Jahren hier leben und zur Schule gehen, vor der Abschiebung in ein Land, das sie gar nicht kennen, zu bewahren. Sehr schön war natürlich der Moment in der Nacht Ende September 2009, als ich erfahren habe, dass mich die Bürgerinnen und Bürger in meinem Wahlkreis direkt in den Bundestag gewählt haben. Das war eine tolle und extrem motivierende Bestätigung für meine Arbeit. ■

Eine Sitzungswoche im Bundestag

Eine der ersten Fragen von Gästen im Bundestag ist: Was tun die Abgeordneten eigentlich den ganzen Tag? Der Grund für diese Frage ist klar: In Sitzungswochen kommt es selten vor, dass die Plätze voll besetzt sind. Tatsächlich ist es aber nicht so, dass Bundestagsabgeordnete den Rest der Zeit Däumchen drehen. Da in einer Sitzungswoche viele Termine parallel stattfinden, nehmen im Plenum oft nur diejenigen Abgeordneten Platz, die inhaltlich mit dem zur Diskussion stehenden Thema befasst sind. Der Ablauf einer Sitzungswoche von Jan Korte sei hier einmal kurz skizziert:

Am **Montag** trifft sich am Vormittag die Arbeitsgruppe Innenpolitik. Die Innenpolitiker der Fraktion, ihre Mitarbeiter und die Fraktionsreferenten, tauschen sich hier über die aktuelle Situation aus, besprechen Initiativen und bereiten den Innenausschuss vor. Am Nachmittag findet die Sitzung des Fraktionsvorstandes statt. Hier wird die inhaltliche und organisatorische Arbeit der Fraktion besprochen.

Der **Dienstag** beginnt mit der Sitzung des Arbeitskreises Demokratie, Kultur, Wissen und Bildung, den Jan Korte leitet. Hier werden die parlamentarischen Initiativen des Arbeitskreises besprochen und abgestimmt. Die Diskussion von auf der Tagesordnung stehenden Anträgen anderer Fraktionen, die Endabstimmung über eigene Anträge sowie über die Redeliste findet in der anschließenden Fraktionssitzung statt, an der alle 75 Abgeordneten der Linksfraktion teilnehmen.

Am **Mittwoch**vormittag tagt der Innenausschuss des Bundestags: Hier werden Anträge diskutiert, Änderungsanträge gestellt und Berichte der Bundesregierung abgegeben. Die Ergebnisse der Abstimmung im Innenausschuss werden dem Plenum des Bundestags als Beschlussempfehlung vorgelegt. Am Mittag beginnt die eigentliche Plenarsitzung des Bundestags mit der Fragestunde: Hier werden mündliche Fragen zu bestimmten Sachthemen beantwortet. Hat Jan Korte keine Frage gestellt, nutzt er die Zeit für eine ausführliche Bürorunde mit seinem Berliner Team, bei der Arbeitsergebnisse ausgewertet und neue Vorhaben diskutiert werden. Einen wichtigen Teil nimmt die Terminplanung ein: Journalisten wollen Hintergrundgespräche und Interviews führen, es gibt viele Veranstaltungseinladungen, Treffen in Botschaften oder Expertenrunden. Dazwischen kommen oft Termine im Wahlkreis, die nicht in die sitzungsfreie Zeit verschoben werden können: Was sonst im Büro stattfindet, wird dann im Zug erledigt: Vorlagen und Texte studieren, Beiträge

Deutscher Bundestag / Lichtblick / Achim Melde

für die Homepage und Zeitungen schreiben oder den Pressespiegel lesen.

Am **Donnerstag**morgen ist das Plenum voll besetzt. In der sogenannten „Elefantenrunde“ reden Kanzlerin oder Minister sowie die Vorsitzenden der Fraktionen über aktuelle Themen. Danach werden Gesetze und Anträge in den Bundestag eingebracht, diskutiert oder abgestimmt. Bei wichtigen Themen wird namentlich abgestimmt, das heißt, dass Abgeordnete mit der Abgabe ihrer Stimmkarte deutlich machen müssen, wofür sie persönlich stehen (s. Seite 28). So geschehen zum Beispiel beim Antrag der LINKEN zur Angleichung der Ost-Renten: Bei der Abstimmung stimmten alle anwesenden Abgeordneten der LINKEN der Angleichung zu. CDU/CSU, SPD, FDP und - mit einer Ausnahme - die Grünen lehnten die Gleichbehandlung von Rentnerinnen und Rentnern in Ost und West ab.

Jan Korte redet im Bundestag, wenn es um Sicherheitspolitik, Geschichtspolitik oder um Themen geht, die seinen Wahlkreis betreffen, wie kürzlich bei Kanzlerin Merkels Erklärung zur Hochwasserkatastrophe. Liegt der Tagesordnungspunkt am späten Abend oder in der Nacht, werden Reden zu Protokoll gegeben - also nicht direkt gehalten, sondern aufgeschrieben und eingereicht. Die Plenarsitzung geht, mit wenigen Stunden Unterbrechung in der Nacht, bis **Freitag**nachmittag. Danach geht es für Jan Korte dann oft direkt zu Terminen oder Bürgersprechstunden in den Wahlkreis. ■

Foto: Deutscher Bundestag / Marc-Steffen Unger

Für Sicherheit, Bürgerrechte und Gerechtigkeit in Ost und West

Öffentliche Sicherheit statt Überwachung

Statt einer Innen- und Sicherheitspolitik, die einen Raubbau an den Bürgerrechten betreibt, fordert DIE LINKE konsequent eine Politik der Öffentlichen Sicherheit: Den Stopp der Privatisierung von Sicherheit, eine bürgernahe, gut ausgestattete und bürgerrechtlich geschulte Polizei, sowie letztendlich eine präventive und soziale Politik, die Ursachen von Gewalt und Kriminalität bekämpft. Im Bundestag hat Jan Korte dies deutlich gemacht und daran erinnert, dass sämtliche Bundesregierungen der letzten Jahre den Beweis schuldig geblieben sind, dass ihre Politik der teuren Überwachungs-, Datensammlungs- und Technikprojekte überhaupt zu einem Mehr an Sicherheit führt.

„Die Alltagssicherheit auf den Märkten und Plätzen in diesem Land wird nicht dadurch gewährleistet, dass wir wider besseres Wissen eine Vorratsdatenspeicherung einführen. Sie wird auch

nicht durch die Onlinedurchsuchung verbessert, sondern beispielsweise dadurch, dass die Kontaktbeamten [...] ansprechbar sind, wenn die Menschen Probleme und Alltagssorgen haben. Das wäre der richtige Weg. Dafür steht DIE LINKE." Jan Korte am 6.9.2011 in seiner Bundestagsrede zum Haushaltsplan des Innenministeriums. ■

Antrag: „Privatisierung der öffentlichen Sicherheit rückgängig machen" (BT-Drs. 17/10810): http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/108/1710810.pdf

Zukunft der Solarindustrie stößt bei der Bundesregierung auf Desinteresse

Das ungeschickte und desinteressierte Verhalten der Bundesregierung in der Solarkrise hat der ohnehin angeschlagenen Solarindustrie schwer geschadet. Allein die Ankündigung der Bundesregierung, die Solarförderung kürzen zu wollen, hatte zu Kreditproblemen bei den Herstellern geführt. CDU/CSU und FDP haben nichts dafür getan, zehntausende Arbeitsplätze in der vornehmlich in Ostdeutschland angesiedelten Produktion von Photovoltaikzellen und -modulen zu sichern, wie es DIE LINKE beantragt hat. Jan Korte hat die Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage aufgefordert, Maßnahmen zur

Zahlen, bitte! Oktober 2009 bis Juli 2013

76 Kleine Anfragen, eine Große Anfrage an die Bundesregierung gestellt

29 Reden gehalten, **36** Reden zu Protokoll

23 Anträge eingebracht

56 Anträge, Kleine und Große Anfragen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag unterstützt

5 Presseerklärungen

Trotz des massiven Protests von Belegschaften und Unterstützern sah die Bundesregierung keinen Grund zu handeln.

Unterstützung der Innovationsbranche auf einem Solargipfel zu besprechen. Aber während Banken oder Autohersteller sich der Unterstützung von Union und FDP sicher sein können, ist es der Bundesregierung schon zu viel, sich mit den Betroffenen der Solarkrise an einen Tisch zu setzen.

„Reden Sie doch mit den Unternehmen! Reden Sie mit den Beschäftigten! Reden Sie mit den Gewerkschaften, wie sie Ihren Gesetzentwurf einschätzen, wenn Sie schon nicht auf die Opposition hören wollen. Ihre Politik ist erstens ein Anschlag auf die Entwicklung in Ostdeutschland und ganz konkret auch auf die in meinem Wahlkreis, im Solar Valley.“ Jan Korte in seiner Bundestagsrede zur Kürzung der Solarförderung am 29.3.2012 ■

Antrag: „Zukunft der Solarindustrie sichern“ Drs. 17/13242
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/132/1713242.pdf

Kleine Anfrage von Jan Korte: „Situation und Perspektiven der ostdeutschen Solarindustrie“ BT-Drs. 17/14035
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/140/1714035.pdf

Aufarbeitung der NS-Vergangenheit

Zu einer demokratischen Gesellschaft gehört ein kritischer Umgang mit der eigenen Geschichte. Also auch die Aufklärung darüber, welche Rolle NS-Täter in der frühen Bundesrepublik einnahmen. So arbeiteten für den Bundesnachrichtendienst und seine Vorgängerin, die Organisation Gehlen, zentrale Figuren des Massenmordes. Der Zugang zu diesen Akten bleibt der Öffentlichkeit verwehrt. Zum Umgang mit der NS-Geschichte hat Jan Korte eine Große Anfrage und einige Anträge gestellt.

„Eine exklusive Aufarbeitung der Akten durch einen kleinen Kreis auserwählter Wissenschaftler genügt weder öffentlichen, noch wissenschaftlichen Ansprüchen, zumal Forscher zur Kenntnis nehmen mussten, dass wichtige Akten noch in jüngster Zeit vernichtet wurden. [...] Ganz konkret gibt es offenbar den Fall von 1994, als 581 Seiten der Akte von Alois Brunner - das war die rechte Hand von Adolf Eichmann - vernichtet worden sind. Man muss [...] danach fragen, warum diese Akten vernichtet wurden, ob das jemand politisch angeordnet hat und wer dafür die politische Verantwortung trägt.“ Jan Korte in seiner Rede zum Antrag der LINKEN „Alle BND-Akten zum Thema NS-Vergangenheit offenlegen“ am 27.1.2012. ■

Antrag „Alle BND-Akten zum Thema NS-Vergangenheit offenlegen“ BT-Drs. 17/1556
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/015/1701556.pdf

Große Anfrage „Umgang mit der NS-Vergangenheit“
http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/041/1704126.pdf

Foto: Deutscher Bundestag

Aus dem Wahlkreis in den Bundestag: Zu Gast bei Jan Korte

Seit der letzten Bundestagswahl hat Jan Korte insgesamt 1900 Bürgerinnen und Bürger aus seinem Wahlkreis im Bundestag empfangen. Als Ausdruck seiner Wertschätzung für ihr gesellschaftliches Engagement lud er 600 Vertreter von Vereinen, Feuerwehren und andere Ehrenamtliche zu einem zweitägigen Berlin-Aufenthalt mit touristischem und politischem Rahmenprogramm ein. An eintägigen Fahrten mit Fahrtkostenbeteiligung nahmen 920 Gäste teil. Aber auch außerhalb der organisierten Fahrten bekommt er oft Besuch aus dem Wahlkreis: Insbesondere Schulklassen nutzen Kortes Angebot, im Rahmen von Exkursionen eine Zwischenstation im Reichstagsgebäude einzulegen. „Mir macht es viel Spaß, mit jungen Leuten zu diskutieren, die nicht nur Fragen stellen, sondern meine Antworten auch kritisch hinterfragen“, so der Abgeordnete. „Ich kriege mit, wie die Jugend tickt, welche Themen sie beschäftigen, welche Erwartungen sie an die Politik haben. Und meine Gäste nehmen hoffentlich mit, dass Politik gar nicht so abstrakt und langweilig ist wie es oftmals scheint, sondern dass sie ihr Leben real betrifft und man sich einbringen kann um etwas zu verändern.“ ■

Politik für die Menschen in Anhalt-Bitterfeld und im Salzlandkreis

Der Wahlkreis 71 (Anhalt) gehört zu den großen Flächenwahlkreisen der Bundesrepublik. Heute besteht er aus dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld (ABI) und Teilen des Salzlandkreises (SLK). Zu den größeren Städten gehören Köthen, Bitterfeld-Wolfen, Zerbst sowie Bernburg und Staßfurt. Der Wahlkreis hat wunderbare Ecken, eine spannende industrielle Geschichte und eine herrliche Landschaft zu bieten. Aber es gibt natürlich auch viele Probleme: Junge Menschen ziehen weg, die Arbeitslosigkeit ist viel zu hoch und es gibt immer noch ein deutliches Lohngefälle zum Westen. Dies zu ändern, ist eine Tagesaufgabe.

Übrigens wurde der Wahlkreis im Zuge einer Reform im Jahre 2007 wesentlich vergrößert. Der Grund: So viele Menschen haben Sachsen-Anhalt verlassen, dass das Land einen kompletten Wahlkreis verlor und so ein Neuzuschnitt und eine Vergrößerung notwendig war. Hieran kann man sinnbildlich viele Probleme Ostdeutschlands erkennen. ■

Direkt gewählt - direkt ansprechbar

Wenn Abgeordnete Gesprächsangebote an Bürgerinnen und Bürger machen, werden oft Sprechzeiten im Büro angeboten und Termine nach persönlicher Voranmeldung vergeben. Nicht so bei Jan Korte: Getreu dem Motto: „Direkt gewählt – direkt ansprechbar“ bietet der Wahlkreisabgeordnete seit Jahren öffentliche Bürgersprechstunden auf den Marktplätzen, am Dorfteich, in den Fußgängerzonen oder vor den Einkaufszentren im Salzlandkreis und in Anhalt-Bitterfeld an. Wie es dazu kam? „Erstens ist mein Wahlkreis so groß, dass es – selbst bei vier Bürgerbüros, die ich in Bitterfeld-Wolfen, Köthen, Bernburg und in Staßfurt betreibe – eine Zumutung wäre, interessierte Leute dorthin zu bitten. Mit meinen öffentlichen Bürgersprechstunden bin ich so einige Male im Jahr auch in Zörbig, Weißandt-Gölzau, Könnern und vielen anderen Orten ansprechbar. Zweitens bekommt man dort, wo das Leben spielt, auch mit, wie sich die Bundespolitik auf das Leben der Menschen auswirkt und was sie von der Politik erwarten. Das sind auch mal spontane Gespräche, in denen einem Leute sagen, was ihnen gerade auf dem Herzen liegt und was sie kritisieren“, erklärt Jan Korte dazu. ■

Foto: Linksfraktion

Für die Region in Berlin

Neben den Bürgersprechstunden sind Besuche und Gespräche bei Vereinen, Verbänden, Einrichtungen oder Unternehmen der zweite Baustein der Wahlkreisarbeit. An über 200 Tagen hat sich Jan Korte seit 2009 ausschließlich Einrichtungen, sozialen und kulturellen Initiativen und Vereinen gewidmet und mit Bürgermeistern, Unternehmern und Betriebsräten wirtschaftspolitische Fragen diskutiert. Einige Probleme hat er als Aufgaben mit nach Berlin genommen, bei anderen vermittelt oder einen Brief geschrieben: In der Solarkrise kam der Bundesumweltminister (CDU) nach Kortes Einladung ins Solar

Bürgersprechstunde in Köthen

Valley, bei der Deutschen Bahn und der Landesregierung setzte er sich für den Erhalt von Bahnhöfen und Zugverbindungen ein, im Bundestag machte er auf die Lage in Aken aufmerksam und forderte mehr Unterstützung für die Flutopfer sowie die ehrenamtlichen Helfer. ■

„Kleine“ Probleme des Alltags

Aber auch die kleinen Probleme des Alltags spielten eine Rolle: Korte erfuhr bei den Kleingärtnern in Zerbst und Staßfurt von der geplanten Neuregelung der Rundfunkgebührenordnung, die für über 24qm große Lauben eine GEZ-Pflicht vorsah. Nach einer zügig gestellten Kleinen Anfrage an die Bundesregierung und bundesweiten Gärtnerprotesten lenkten die Rundfunkanstalten ein.

Zu Gast in der Kleingartenanlage „Erholung“ im Staßfurter Ortsteil Neundorf

Ein anderer Fall: Bei organisierten Anglern in der Region, auch in seinem Heimatverein, dem Anglerverein Bitterfeld e. V., wurde der Wahlkreisabgeordnete auf den hohen Kormoranbestand aufmerksam gemacht. Der Kormoran fresse jährlich nahezu die Hälfte der Menge Fische, die Fischer und Angler den Gewässern entnehmen. Der Antrag, den Jan Korte und die Fraktion DIE LINKE stellten, wurde von der Regierungskoaliti-

Foto: flickr.com / maggi_94

Einst selbst eine bedrohte Art, gefährden Kormorane nun die Fischbestände

on abgelehnt. Kurz danach folgte ein Koalitionsantrag zum Kormoranmanagement, der sich inhaltlich nicht vom Korte-Antrag unterschied. Statt – wie Union und FDP – das Abstimmungsverhalten vom Einbringer abhängig zu machen, setzte sich Jan Korte erfolgreich für die Zustimmung der LINKEN zum Koalitionsantrag ein. ■

Kleine Anfrage von Jan Korte „Doppelte GEZ-Gebühr für Kleingärtner“ BT-Drs. 17/8189
http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/081/1708189.pdf

Antrag „Ökosysteme schützen, Artenvielfalt erhalten - Kormoranmanagement einführen“ BT-Drs. 17/5378
http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/053/1705378.pdf

Anerkennung für das Ehrenamt - keine Anrechnung von Aufwandsentschädigungen auf Sozialleistungen

Das Hochwasser 2013 hat allen deutlich vor Augen geführt, wie wichtig ehrenamtliche Helferinnen und Helfer für die Gesellschaft sind. In Feuerwehren, im THW, in Sportvereinen oder in Sozialverbänden oder außerhalb von Organisationen setzen sie sich für ihre Mitmenschen ein. Von Seiten der Politik wird das Ehrenamt in jeder Sonntagsrede erwähnt - doch wenn es um konkrete Unterstützung geht, hört man nicht mehr viel. Bei seinen Wahlkreistagen hat Jan Korte in intensiven Gesprächen auch von den Schattenseiten des

Ehrenamtes erfahren: Ehrenamtliche fühlen sich manchmal gezwungen, Lücken ausfüllen, die der Staat durch seinen Rückzug aus der Daseinsvorsorge hinterlassen hat. Es fehlt an finanzieller Ausstattung für Anschaffungen. Arbeitgebern fehlt das Verständnis für Notfalleinsätze und wer als Sozialleistungsempfänger eine Aufwandsentschädigung für seine Tätigkeit bekommt - oft nur ein kleines Taschengeld - bekommt diese zum Teil von der Unterstützung abgezogen. Die Fraktion DIE LINKE hat im Bundestag deutlich gemacht, dass es so nicht geht: Gerade für erwerbslose Menschen ist eine ehrenamtliche Tätigkeit eine Möglichkeit, für andere etwas zu tun und Anerkennung zu erfahren. Der Antrag, die Schlechterstellung von Erwerbslosen oder älterer Menschen aufzuheben, wurde von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen abgelehnt.

Antrag „Keine Anrechnung von Aufwandsentschädigungen für bürgerschaftliches Engagement auf Leistungen nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch“
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/076/1707653.pdf

Wahlkreisarbeit in Zahlen

Oktober 2009 bis Juli 2013

208 Tage voller Termine

170 öffentliche Bürgersprechstunden

386 Besuchte Vereine, Verbände und Einrichtungen

23 Jugendweihereden

Spenden an lokale Vereine und Projekte: **10370€**

19850€ Von Jan Korte eingeworbene Spenden des Fraktionsvereins an lokale Projekte

1967 Besucher aus dem Wahlkreis zu Gast im Bundestag

Spenden für den guten Zweck

Wenn Initiativen und Projekte vor Ort Hilfe benötigen werden Jan Korte und Kollegen oft auch direkt aktiv: Seit 2009 hat er aus eigenen Mitteln über 10.000 Euro gespendet, um damit ganz konkret Projekte zu unterstützen und zum Erhalt von wichtigen sozialen und kulturellen Einrichtungen beizutragen. Der „Verein der Bundestagsfraktion e. V.“, der gegründet wurde, um die von der Linksfraktion abgelehnten Diätenerhöhungen zu sammeln und gezielt zu spenden, zahlte auf Jan Kortes Initiative knapp 20.000 Euro an Vereine, Verbände, Schulen und Projekte im Wahlkreis. Unterstützt wurden so in den letzten Jahren viele Projekte: In den Tierparks Bernburg, Köthen und Bitterfeld zählen ein Flamingo, ein Esel und eine Rothirschkuh zu Kortes Patentieren. Für die Nachwuchsförderung bei der Freiwilligen Feuerwehr Hecklingen, der SG

Jan Korte mit Eseldame „Flöckchen“ – seinem Patentier im Bitterfelder Tierpark

1984 Reppichau, der Angler in Plötzkau oder des Kultur- und Heimatvereins Aken spendete der Abgeordnete ebenso wie für die Volkssolidarität Köthen oder die Kita Aderstedt und viele andere Schulen, Vereine und Kulturveranstaltungen. ■

Beratung bei Hartz-IV: Hilfe, wo sie dringend benötigt wird

Seit 2007 organisiert Jan Korte jedes Jahr sogenannte Hartz IV-Infotage an verschiedenen Orten – dafür hat er seine Fraktionskollegin Halina Wawzyniak gewinnen können, die als Rechtsanwältin juristische Hilfe und Hinweise gibt. Mit diesen praktischen Beratungsangeboten und konkreten Tipps konnte vielen Menschen geholfen werden. Der enorme Ansturm auf diese Beratungsangebote zeigt, dass die Regelungen der Hartz-Gesetze weder für Leistungsempfängerinnen und -empfänger, noch für viele Angestellte der Jobcenter nachvollziehbar und transparent sind. Nicht zuletzt sind die persönlichen Schicksale von Menschen, die diese Termine nutzen, ein Zeugnis vom unsozialen und unmenschlichen Charakter der Agenda 2010-Reformen. ■

Fraktionskollegin Halina Wawzyniak aus Berlin-Friedrichshain hilft Hartz IV-Empängern in ABI und SLK

Antrag „Moratorium für Hartz-IV-Sanktionen als erster Schritt zu deren Überwindung“
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/131/1713130.pdf

Kein „Weiter so!“ bei der Hochwasserprävention

Als sich Anfang Juni die Hochwasserlage in Anhalt-Bitterfeld und im Salzlandkreis zuspitzte, entschied sich Jan Korte noch am Montagabend, sich für die gerade begonnene Sitzungswoche des Bundestags abzumelden und sofort in seinen Wahlkreis zu fahren. In Bitterfeld angekommen musste er erstmal den Keller seiner eigenen Wohnung ausräumen. Danach ging es zum Sandsäcke füllen. Nach dem Motto „Nicht soviel reden - selber mit anpacken“ war Jan Korte die ganze Woche im Einsatz: In Bitterfeld und Bernburg füllte er mit Hunderten Freiwilligen Sandsäcke: „Die vielen Freiwilligen zeigen, dass es sehr wohl noch gesellschaftlichen Zusammenhalt gibt. Im wahrsten Sinne des Wortes gab es gelebte Solidarität.“

Trotz aller Bemühungen gab es schwere Schäden, vor allem in Aken. Nicht nur die Anwohnerinnen und Anwohner wurden von der Heftigkeit des diesjährigen Hochwassers überrascht: Es ist offensichtlich, dass manche Präventionsmaßnahmen zu langsam vorangeschritten sind. Neben der unbürokratischen

Hilfe, welche DIE LINKE in ihrem Antrag im Bundestag eingefordert hat, ist es deshalb mit Blick auf die Zukunft wichtig, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Dazu hat Jan Korte vor Ort mit Helfern, Einsatzleitern und Bürgermeistern gesprochen und - auf Basis dieser Gespräche - im Bundestag an seine Kollegen appelliert, den Deichschutz bundesweit einheitlich zu regeln und die Bundesförderung für die Ausstattung der Feuerwehren wieder anzuheben. Es darf kein „Weiter so!“ bei der Hochwasserprävention geben. Das ist eine Verpflichtung gegenüber den Menschen, die die Katastrophe in den finanziellen Ruin getrieben hat oder die persönliche und ideelle Verluste erlitten haben.

Eis für die Helfer: Jan Korte und Landtagskollegin Dagmar Zoschke buchten einen Eiswagen.

Das nächste Hochwasser wird kommen, auch wenn wir nicht wissen, wann. Ob es wieder Schaden anrichten wird, ist davon abhängig, was nun getan wird. Korte: „Ich werde im Bundestag darauf bestehen, dass der Fortschritt der Schutzmaßnahmen in einem Jahr auf den Prüfstand gestellt wird. Denn über Hochwasserschutz sollte man nicht erst wieder reden, wenn der erste Keller vollläuft.“ ■

Antrag „Flutopfern helfen – Hochwasserfonds einrichten“ (BT-Drs. 17/13896)
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/138/1713896.pdf

Kleine Anfrage von Jan Korte „Verantwortung des Bundes für die besondere Betroffenheit des Landkreises Anhalt-Bitterfeld durch die Flutkatastrophe“ (BT-Drs. 17/14043)
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/140/1714043.pdf

Über Jan Korte

Jan Korte ist verheiratet und hat eine Tochter. Als leidenschaftlicher Angler hält er sich am liebsten am Wasser auf. Auf dem Land geht er joggen. Wenn es die Gelegenheit ergibt, geht er gerne mit Freundinnen und Freunden zu Rockkonzerten: In diesem Sommer war es ein Konzert von Bruce Springsteen.

Geboren wurde Jan Korte 1977 in Osnabrück. Nach dem Abitur leistete er Zivildienst in der Altenpflege und studierte an der Universität Hannover Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte. 2005 schloss er sein Studium erfolgreich mit dem Grad des Magister Artium (MA) ab.

1999 trat er in die damalige PDS ein und arbeitete viele Jahre in verschiedenen Gremien der Partei. 2004 wurde er auf Vorschlag des damaligen Parteivorsitzenden Lothar Bisky in den Parteivorstand gewählt, dem er bis 2010 angehörte. Seit 2009 gehört er dem Vorstand der Fraktion DIE LINKE im Bundestag an. Er ist Mitglied des Innenausschusses, stellv. Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe und Datenschutzbeauftragter der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Außerhalb des Bundestags ist er Mitglied im Anglerverein Bitterfeld, der Volkssolidarität und der Gewerkschaft ver.di. ■

Das Team

Ohne die Arbeit im Hintergrund geht nichts: Unterlagen und Dossiers zu parlamentarischen Vorgängen müssen zusammengestellt, Anträge und Anfragen erarbeitet, Wahlkreistage organisiert und Terminkalender gut gepflegt werden.

In Berlin kümmern sich die Büroleiterin **Rita Kiesbauer** und **Stefanie von der Lippe** als studentische Mitarbeiterin um die Korrespondenz, die Terminplanung und die Vorbereitung von Sitzungen. Alles, was Jan Korte in einer Sitzungswoche braucht, geht durch ihre Hände. **Jeremy Krstic** ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter zuständig für Pressearbeit und inhaltliche Grundlagen zur Sicherheits- und (hobbybedingt) zur Angelpolitik. **Philipp Vergin**, dienstältester Mitarbeiter in Berlin, ist für Geschichtspolitik, Überwachung und Bürgerrechte zuständig.

Hendrik Rohde und seit kurzem **André Giebler** sind als Mitarbeiter im Bürgerbüro Bitterfeld-Wolfen ansprechbar. **Jörg Lemmert** betreut die Büros in Staßfurt, Bernburg und Köthen (Adressen s. Seite 30). Sie pflegen Kontakte zu Einrichtungen, Vereinen und zur Kommunalpolitik, organisieren Termine und informieren über die Arbeit in Berlin. Wenn Jan Korte unterwegs ist, sind sie immer mit dabei. ■

Foto: Deutscher Bundstag / Lichtblick / Achim Melde

Korte konkret:
Abstimmungsverhalten bei ausgewählten Namentlichen Abstimmungen

Eine Namentliche Abstimmung findet statt, wenn dies von einer Fraktion oder von mindestens fünf Prozent der Abgeordneten verlangt wird. Sie ist bei bedeutsamen oder umstrittenen Entscheidungen üblich.

Dafür haben alle Parlamentarier drei verschieden farbige Stimmkarten, auf denen Name und Fraktion des jeweiligen Abgeordneten und die Erklärung »Ja« (blau), »Nein« (rot) oder »Enthalte mich« (weiß) gedruckt sind. Die Karten werden von den Parlamentariern in die im Plenarsaal aufgestellten Urnen geworfen und danach von den Schriftführern gezählt. Das Ergebnis gibt der Sitzungspräsident bekannt.

Für Sie als Wählerin oder Wähler bedeutet dieser Abstimmungsmodus eine Möglichkeit, genau zu überprüfen, wie ihr Abgeordneter im Bundestag abgestimmt hat und ihn an seinen Wahlversprechen zu messen. ■

Einführung des Betreuungsgeldes (BT-Drs. 17/9917 & 17/11404)	
Jan Korte	Nein
Abschaffung der Praxisgebühr (17/10747, 17/10799 & 17/11396)	
Jan Korte	Ja
Rente erst ab 67 sofort vollständig zurücknehmen (17/10991)	
Jan Korte	Ja
Kürzungen bei der Solarförderung (17/8877 und 17/9152)	
Jan Korte	Nein
Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes (17/8166 & 17/8393)	
Jan Korte	Nein
Frauenquote für Aufsichtsräte (17/4683 und 17/6527)	
Jan Korte	Ja
Keine Panzer an Saudi-Arabien verkaufen (17/6528)	
Jan Korte	Ja
Ausstieg aus der Atomenergie (17/5474 und 17/6349)	
Jan Korte	Ja
Für eine gerechte Angleichung der Renten in Ostdeutschland (17/4192 und 17/5962)	
Jan Korte	Ja
Korrektur der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht (17/1631)	
Jan Korte	**Ja**
Keine Privatisierung von Äckern, Seen und Wäldern (17/239)	
Jan Korte	Ja

Kontaktmöglichkeiten

Deutscher Bundestag
Ansprechpartnerin: Rita Kiesbauer
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-71100
Telefax: (030) 227-76201
E-Mail: jan.korte@bundestag.de

Bürgerbüro Bernburg
Ansprechpartner: Jörg Lemmert
Kleine Wilhelmstraße 2b, 06406 Bernburg
Telefon/Fax: (03471) 622947
E-Mail: jan.korte@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Bitterfeld-Wolfen
Ansprechpartner: Hendrik Rohde und André Giebler
Kirchstraße 2, 06749 Bitterfeld-Wolfen
Telefon: (03493) 401594
Telefax: (03493) 824957
E-Mail: bitterfeld@jankorte.de

Bürgerbüro Staßfurt
Ansprechpartner: Jörg Lemmert
Grenzstraße 11, 39418 Staßfurt
Telefon/Fax: (03925) 322381
E-Mail: stassfurt@jankorte.de

Bürgerbüro Köthen
Ansprechpartner: Jörg Lemmert
Schalaunische Straße 6/7 (Schlosspassage), 06366 Köthen
Telefon: (03496) 303391
Fax: (03496) 303390
E-Mail: koethen@jankorte.de

Gregor Gysi am Goitzsche-See

Treffen mit Sigmund Jähn im Bundestag

Bürgersprechstunde in Bernburg

Buchvorstellung von „Geh doch rüber! - Feinste Beobachtungen aus Ost und West“ im Berliner ND-Gebäude

Spendenübergabe an die Freiwillige Feuerwehr in Amesdorf

Impressum:
V.i.S.d.P.: Jan Korte
Platz der Republik 1
11011 Berlin

www.jankorte.de

DIE LINKE.